Politik und Gesellschaft = Politique et société

Objekttyp: **Group**

Zeitschrift: **Bulletin des Schweizerischen Elektrotechnischen Vereins, des Verbandes Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen = Bulletin de l'Association Suisse des Electriciens, de l'Association des Entreprises électriques suisses**

Band (Jahr): **84 (1993)**

Heft 8

PDF erstellt am: **29.05.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Politik und Gesellschaft
Politique et société

Verordnung über die Vollzugsorganisation der wirtschaftlichen Landesversorgung im Bereiche der Elektrizitätswirtschaft

Der Bundesrat hat die Inkraftsetzung der Verordnung über die Vollzugsorganisation der wirtschaftlichen Landesversorgung im Bereiche der Elektrizitätswirtschaft (VOEW) auf den 1. März 1993 beschlossen. Der wirtschaftlichen Landesversorgung obliegt die Sicherstellung der Versorgung des Landes mit lebenswichtigen Gütern und Dienstleistungen für Zeiten schwerer Mangellagen aufgrund von Marktstörungen oder aufgrund machtpolitischer Bedrohungen. Im Rahmen der ständigen Bereitschaft hat das Industrieamt der wirtschaftlichen Landesversorgung im Bereiche der Elektrizität verschiedene Bewirtschaftungsmassnahmen wie Verwendungsverbote, Stromkontingentierung und Netzabschaltungen vorbereitet. Zum Auftrag der Landesversorgung gehört auch die Sicherstellung der notwendigen Vollzugsorganisation für solche Massnahmen. Durch die VOEW wird deshalb dem Verband Schweizerischer Elektrizitätswerke (VSE), einer sogenannten «Organisation der Wirtschaft» im Sinne des Landesversorgungsgesetzes, die Vorbereitung des Vollzugs der Massnahmen übertragen. Es ist indessen vorgesehen, ihn bei Bedarf auch mit dem eigentlichen Vollzug zu betrauen. Mit der Erteilung dieses Mandats an den VSE sind jedoch keinerlei Kompetenzen bezüglich Ausgestaltung und Anordnung von Bewirtschaftungsmassnahmen verbunden, diese bleiben ausschliesslich in der Verantwortung der zuständigen Bundesbehörden.

Eidgenössisches Volkswirtschaftsdepartement

Ordonnance sur l'organisation d'exécution de l'approvisionnement économique du pays dans le domaine de l'industrie électrique

Le Conseil fédéral a décidé de mettre en vigueur le 1er mars 1993 l'Ordonnance sur l'organisation d'exécution de l'approvisionnement économique du pays dans le domaine de l'industrie électrique (OEIE). Il incombe à l'approvisionnement économique du pays d'assurer l'approvisionnement du pays en biens et en services d'importance vitale pour les temps de graves pénuries dues à des perturbations des marchés ou à des menaces dues à des manifestations de force. Dans le cadre de l'état de préparation permanent, l'Office de l'industrie de l'approvisionnement économique du pays a élaboré diverses mesures de réglementation dans le domaine de l'électricité, telles que des interdictions d'utilisation, le contingentement de l'électricité et des délestages de réseaux. L'approvisionnement du pays a aussi pour mission de préparer l'organisation nécessaire à l'exécution de telles mesures. L'OEIE charge donc l'Union des Centrales Suisses d'Electricité (UCS), une «organisation de l'économie privée» au sens de la loi sur l'approvisionnement du pays, d'élaborer les préparatifs d'exécution. Il est prévu, le cas échéant, de lui en confier également l'exécution proprement dite. Ce mandat ne confère cependant pas à l'UCS la compétence de concevoir ou d'ordonner des mesures de réglementation. Cette responsabilité continue d'incomber exclusivement aux autorités fédérales compétentes.

Département fédéral de l'économie publique

Eröffnung des Vernehmlassungsverfahrens zu einer Änderung des Atomgesetzes

Der Bundesrat hat das Vernehmlassungsverfahren zu einer Änderung des Atomgesetzes und des dazugehörigen Bundesbeschlusses eröffnet. Die Vernehmlassungsfrist dauert bis zum 31. Mai 1993. Mit dem Entwurf wird eine Beschleunigung der Bewilligungsverfahren für Lager für radioaktive Abfälle und für Vorbereitungsarbeiten bezweckt.

Danach ist für den Grundsatzentscheid über den Lagerbau weiterhin eine Rahmenbewilligung erforderlich, die der Genehmigung durch die eidgenössischen Räte bedarf. Die übrigen Bewilligungen und Konzessionen werden in einer einzigen Bundesbewilligung zusammengefasst. Sodann soll der Inhaber der Bundesbewilligung ein Enteignungsrecht erhalten. Anstelle des Bundesrates soll das Eidgenössische Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement die Bewilligung erteilen. Als wesentliche Verbesserung der Rechtsstellung der Betroffenen ist die Möglichkeit vorgesehen, diesen Entscheid ans Bundesgericht weiterzuziehen.

Fragen, die bisher die Kantone entschieden haben, sollen inskünftig teilweise vom Bund erledigt werden. Dies betrifft insbesondere die Raumplanung und das Verfügungsrecht der Kantone über den Untergrund (Bergregal). In den meisten Bereichen, wie beim Umwelt-, beim Natur- und Heimatschutz und bei der Forstpolizei, bleibt jedoch die Zustimmung der bisherigen Bewilligungsbehörden zum Projekt nötig.

Trotz Moratorium für den Bau neuer Kernkraftwerke muss für die Entsorgung der radioaktiven Abfälle eine Lösung gefunden werden. Vor allem die Beseitigung der schwach- und kurzlebigen mittelaktiven Abfälle kann nicht mehr länger aufgeschoben werden. Diese fallen auch in der Industrie, der Medizin und der Forschung an. Die massiven Verzögerungen sind auf die komplizierten und zeitraubenden Bewilligungs- und Enteignungsverfahren zurückzuführen. Sie haben auch die Planungskosten stark ansteigen lassen. Wie das Beispiel der Nidwaldner Initiativen zum Bergregal zeigt, droht sodann die extensive Inanspruchnahme der kantonalen Kompetenzen die Entsorgung vollends zu blockieren. Eine Teilrevision der Atomgesetzgebung ist deshalb dringlich.

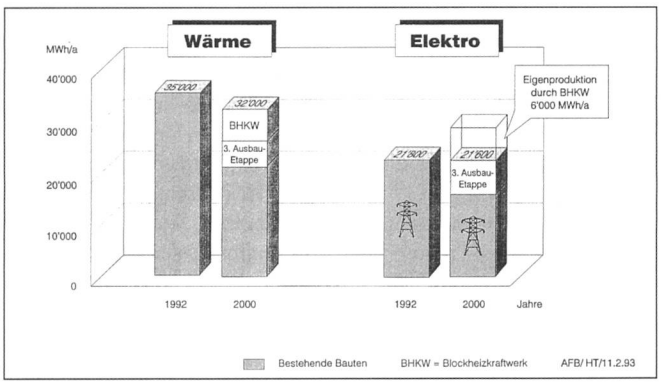
Eidgenössisches Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement

«Energie 2000» in den Bundesbauten

Der Energieverbrauch der 3. Ausbauetappe an der Eidgenössischen Technischen Hochschule Hönggerberg, Zürich, soll durch Energiemassnahmen an den bestehenden Bauten kompensiert werden. Dies ist ein Beispiel, wie in den Bundesbauten die Ziele von «Energie 2000» erreicht werden sollen.

Aufgabe und Verantwortung des Amtes für Bundesbauten

Bundesbauten sind alle Bauten, die unsere Landesregierung, das Parlament, die Armee, das Bundesgericht, die Bundesämter und die Annexanstalten zur Wahrnehmung ihrer Aufgaben benötigen. Dazu gehören, angefangen beim Bundeshaus und



Energiebilanzen für die ETH Hönggerberg 1992/2000 (nach Ausbau der 3. Etappe unter Berücksichtigung von Sanierungsmassnahmen)

den Verwaltungsgebäuden, die Bauten der ETH in Zürich und Lausanne, der EMPA, das Paul-Scherrer-Institut, die landwirtschaftlichen Forschungsanstalten, die Zoll- und Militärbauten, um nur einige Bereiche namentlich zu nennen. Nicht dazu gehören die Bauten der SBB und der PTT.

Heute liegt der Bestand bei etwa 14000 Bauten, von diesen sind rund 4000 beheizt (beheizte Fläche etwa 4,5 Mio. m²).

Das Amt für Bundesbauten (AFB) ist verantwortlich für das Baumanagement in all den genannten Bereichen, für Neu- und Umbauten und den Gebäudeunterhalt. Dazu gehört auch das Management von «Energie 2000».

Bisherige Aktivitäten

Im Rahmen dieser Verantwortung ist das AFB schon vor dem Aktionsprogramm «Energie 2000» im Bereich des Energiesparens aktiv geworden; seit 1979 werden eine Energiestatistik und energietechnische Gebäudesanierungen durchgeführt.

Die Energiestatistik weist aus, dass der Verbrauch an fossilen Energieträgern je m² in den AFB-Gebäuden zwischen 1981 und 1991 um 19% sank. Im gleichen Zeitraum nahm die beheizte Fläche durch Neubauten um 17% zu.

Ziele «Energie 2000»

«Energie 2000» ist für das AFB eine neue grosse Herausforderung, gilt es doch, nach dem Auftrag der Programmleitung «E 2000», hier gesamtschweizerisch eine Vorbildrolle zu übernehmen. «Energie 2000» bedeutet sofortige Stabilisierung des Verbrauchs an fossilen Energieträgern und eine Senkung ab 2000. «Energie 2000» bedeutet im Elektrizitätsbereich noch einen leichten Anstieg bis zum Jahr 2000 und danach Stabilisierung des Verbrauchs.

Ebenfalls sollen im Rahmen von «Energie 2000» die erneuerbaren Energieträger gefördert werden. Das AFB will für die Bundesbauten die von «Energie 2000» gesetzten Ziele erreichen. Folgende Probleme müssen dabei bewältigt werden:

1. Das Neubauvolumen der Bundesbauten wird auch in den nächsten Jahren noch wesentlich zunehmen, verbunden mit einer beträchtlichen Zunahme des Energiebedarfs. Dieser Mehrbedarf muss in den bestehenden Bauten eingespart werden.

2. In den vergangenen Jahren wurden an den bestehenden Bauten viele Massnahmen getroffen und Neubauten von hoher energetischer Qualität erstellt. Das Sparpotential muss, wie am Beispiel ETH Hönggerberg dargelegt (Bild), sorgfältig und gründlich ermittelt werden.

3. Bei der elektrischen Energie ist festzuhalten, dass rund zwei Drittel des Verbrauchs sogenannte «Prozessenergie» ist, der durch bauliche Massnahmen kaum beeinflusst werden kann.

Ein Beispiel für Prozessenergie: Das Paul-Scherrer-Institut in Villigen benötigt mit seinen Versuchsanlagen im Nuklearbereich rund einen Fünftel der elektrischen Energie aller Bundesbauten. Hier werden von den einzelnen Betrieben grosse Sparanstrengungen im betrieblichen Bereich erwartet. Im beeinflussbaren Drittel des Stromverbrauchs werden durch bauliche Massnahmen Einsparungen bis zu 50% und mehr erreicht. Beispielsweise wurde die bestehende Beleuchtungsanlage des Gebäudes der Eidgenössischen Drucksachen- und Materialzentrale (EDMZ) in Bern durch eine moderne, energiesparende Beleuchtung ersetzt. Die neue Beleuchtungsanlage benötigt lediglich noch 50% des ursprünglichen Stromverbrauchs.

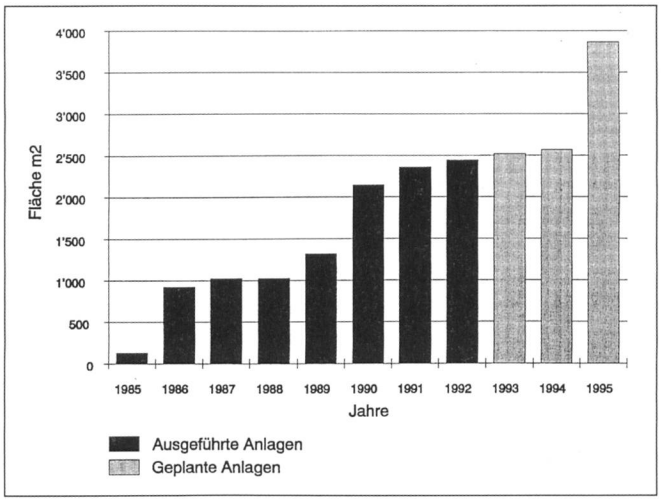
Wo stehen wir auf unserem Weg zu «Energie 2000»?

Bei den erneuerbaren Energieträgern, zum Beispiel Holz, Solarwärme und Photovoltaik, konnte bis heute der Anteil wesentlich gesteigert werden (Bild). Diese Entwicklung wird weiterlaufen.

Eine Studie zeigt auf, dass die bestehenden Gebäude einschneidend verbessert werden müssen, um die Ziele von «Energie 2000» zu erreichen. Bestehende Objekte sind auf das Energieverbrauchsniveau von guten Neubauten herunterzubringen. Eine Anzahl Sanierungsprojekte sind in Planung und Ausführung, sowohl im Bereich Wärme wie auch im Bereich Elektrizität.

Insgesamt hat das AFB bis heute, nach dem zweiten Jahr von «Energie 2000», Projekte im Betrag von rund 33 Mio. Fr. ausgelöst, für weitere 20 Mio. Fr. liegen Ideen und Vorprojekte vor.

Niki Piazzoli, Direktor Amt für Bundesbauten, Bern



Solaranlagen in den Bundesbauten

Mit Paukenschlägen gegen die Vernunft

Nach nur etwas mehr als zwei Jahren seit der Gutheissung des Energieartikels werden in der schweizerischen Energiepolitik neue Töne angeschlagen. Die Schweizerische Energie-Stiftung (SES) kündigt die Lancierung einer zweiten Moratoriumsinitiative an. Damit soll die gegenwärtige Blockierung der Kernenergie, die Ende dieses Jahrzehnts ausläuft, festgeschrieben werden. Zusätzlich ist von einer Initiative zur Verschärfung der Haftpflicht für Kernkraftwerke die Rede. Die Kreise um die Energiestiftung drohen, die Gespräche über die Lagerung radioaktiver Abfälle in der Schweiz abzubrechen. Ihre Opposition gegen die im Aktionsprogramm «Energie 2000» vorgesehene zehnprozentige Leistungssteigerung für Kernkraftwerke verbinden ihre Gegner mit der Forderung nach einer Energieabgabe zur Finanzierung der Solarenergie.

Diese Paukenschläge gegen eine umweltgerechte Energieversorgung unseres Landes gehören zum bekannten Ritual, die Behörden mit überrissenen Forderungen, Türzuschlagen und Imponiergehaben unter Druck zu setzen. Diese Kreise wollen alles – ja mehr – was in bezug auf staatliche Eingriffe und Nachfragedrosselung im Aktionsprogramm «Energie 2000» vorgese-

Die Exponenten der verschiedenen energiepolitischen Gruppierungen anlässlich des 2. Jahresberichts von «Energie 2000» (September 1992 in Olten)

hen ist. Hingegen lehnen sie die wenigen im Programm enthaltenen Verbesserungen im Energieangebot ab. Wo soll diese Politik hinführen?

Einflussreiche Umweltkreise im Ausland anerkennen schon seit einiger Zeit, dass die Kernenergie einen wichtigen Beitrag zur CO_2-freien Stromproduktion leistet und daher förderungswürdig ist. Im Gegensatz zu diesen Erkenntnissen verwickeln sich hiesige Opponenten in lauter Widersprüche. Sie sträuben sich gegen den grenzüberschreitenden Verkehr von Abfällen; genau so strikt lehnen sie Lager für radioaktive Abfälle ab, unbesehen darum, dass diese verschiedenen, beispielsweise auch medizinischen Ursprungs sind. Ihrer Meinung nach dürfen Abfälle weder exportiert noch im eigenen Lande gelagert werden. Ein wahrlich diffuses Konzept, dem niemand folgen kann.

Die Politik der Kreise um die Energie-Stiftung richtet sich eindeutig gegen eine ausreichende, breitgefächerte, sichere, wirtschaftliche und umweltverträgliche Energieversorgung, wie sie in der Bundesverfassung vorgegeben ist. Mit dem mutwilligen Zudrehen des Energiehahnens dient diese Opposition weder den Interessen der Konsumenten, die sie angeblich vertreten, noch der Wirtschaft, für die man mit guten Gründen die angeschlagene Standortsqualität in der Schweiz verbessern will.

Schweizerischer Handels- und Industrie-Verein (Vorort)

En dépit du bon sens

Quelque deux ans après l'adoption de l'article énergétique, voici que le ton monte à nouveau dans les milieux de la politique énergétique suisse. En effet, la Fondation Suisse de l'Energie (FSE) annonce le lancement d'une deuxième initiative visant un nouveau moratoire. Il s'agirait d'institutionnaliser définitivement l'actuelle interdiction de construire toute nouvelle centrale nucléaire, interdiction qui devrait prendre fin au terme de la présente décennie. Il est également question d'une initiative visant à étendre la responsabilité civile des exploitants de centrales nucléaires. Les milieux proches de la Fondation de l'Energie menacent aussi de rompre les discussions sur l'entreposage des déchets radioactifs en Suisse. Enfin, non contents de s'opposer à l'augmentation de 10% de la production des centrales nucléaires prévue dans le cadre du programme «Energie 2000», ils requièrent le prélèvement d'une taxe sur l'énergie destinée à financer le développement de l'énergie solaire.

Ces bruyantes attaques contre une forme d'approvisionnement énergétique de notre pays respectueuse de l'environnement suivent le rituel classique qui consiste à mettre les autorités sous pression à coup d'exigences démesurées, de claquements de portes et de gesticulations menaçantes. Les cercles en question veulent l'application intégrale – pour le moins – de tout ce que le programme «Energie 2000» permet d'envisager en matière d'interventions et de limitations de la demande. En revanche, ils rejettent le petit nombre d'améliorations prévues par le programme au chapitre de l'offre d'énergie. A quoi une pareille politique peut-elle mener?

A l'étranger, les milieux influents de la protection de l'environnement reconnaissent depuis quelque temps déjà que l'énergie nucléaire fournit une contribution appréciable à la production de courant sans émission de CO_2, et mérite à ce titre d'être encouragée. Leurs homologues contestataires de notre pays, loin d'en tenir compte, s'empêtrent dans les contradictions. Ils dénoncent haut et fort les transports de déchets à travers les frontières, tout en refusant avec la même vigueur la construction dans le pays d'installations de stockage des déchets radioactifs, de quelque origine qu'ils soient (médicale par exemple). A les entendre, les déchets ne doivent être ni exportés ni entreposés dans le pays. Voilà une position bien nébuleuse, à laquelle on serait bien en peine de se rallier.

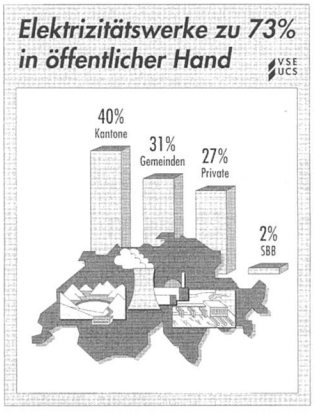
La politique des milieux proches de la Fondation de l'Energie est clairement contraire au principe, inscrit dans la Constitution fédérale, d'un approvisionnement énergétique suffisant, diversifié, sûr, économique et compatible avec les exigences de l'environnement. En cherchant délibérément à fermer le robinet énergétique, cette opposition ne sert ni les intérêts des consommateurs, qu'elle prétend représenter, ni ceux de l'économie, qu'il s'agit pourtant de défendre en améliorant plutôt qu'en affaiblissant l'attrait de la place helvétique.

Union suisse du commerce et de l'industrie (Vorort)

Elektrizitätswerke zu 73% in öffentlicher Hand

(VSE) Die schweizerische Elektrizitätsversorgung wird durch rund 1100 Elektrizitätswerke sichergestellt. Allein auf 162 Werke entfallen 95% der gesamten Produktion und 70% der Verteilung an den Endverbraucher. Ihr Gesamtwert ist auf über 36 Milliarden Schweizer Franken bilanziert.

Die Finanzierung der Anlagen (zur Produktion-, Übertragung- und Verteilung des Stroms) sowie des übrigen Vermögens erfolgt zu 26,7% durch Eigenkapital und zu 71,9% durch Fremdkapital. Der Reingewinn entspricht 1,4% der Bilanzsumme. Am gesamten Grundkapital (= Eigenkapital ohne Reserven) sind die öffentliche Hand zu 72,6% und die Privatwirtschaft zu 27,4% beteiligt. Da zahlreiche Elektrizitätswerke Bestandteil der Gemeindeverwaltung sind, ist die Einflussnahme der öffentlichen Hand (z.B. bei der Tarifgestaltung) eher noch stärker, als aus der rein kapitalmässigen Beteiligung hervorgeht.



Les entreprises électriques appartiennent pour 73% aux pouvoirs publics

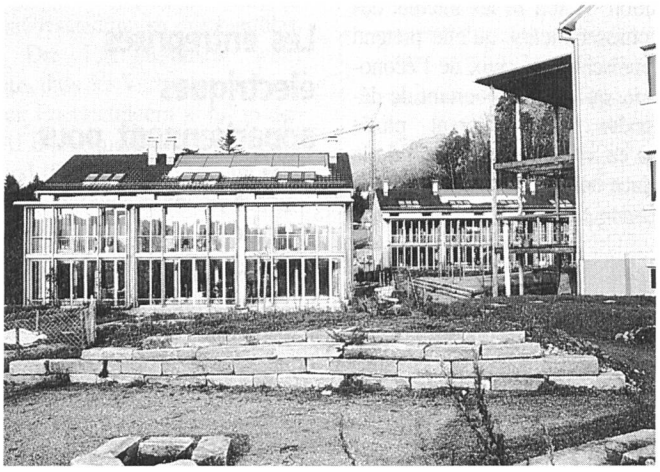
(UCS) Quelque 1100 entreprises électriques garantissent l'approvisionnement de la Suisse en électricité. 95% de la production et 70% de la distribution d'électricité aux consommateurs finaux proviennent de 162 entreprises. Le total des bilans de ces dernières atteint environ 36 milliards de francs suisses.

Les installations de production, de transport et de distribution d'électricité ainsi que les autres valeurs immobilisées sont financées par des capitaux propres à raison de 26,7% et par des capitaux étrangers à raison de 71,9%. Le bénéfice net représente 1,4% du total du bilan. L'ensemble du capital social (= capitaux propres sans réserves) est aux mains des pouvoirs publics à raison de 72,6% et de l'économie privée à raison de 27,4%. Etant donné que de nombreuses entreprises électriques font directement partie de l'administration communale, l'influence des pouvoirs publics (lors de la tarification p. ex.) est encore plus prononcée que ne le laisse apparaître la seule répartition du capital au niveau national.

Bau- und Planungsrecht: Chancen für regenerierbare Energien verbessern

Kantonale und kommunale Erlasse des Bau- und Planungsrechtes bilden vielfach, direkt oder indirekt, Hemmnisse für den Einsatz regenerierbarer Energien. Diese Erkenntnis war für das Bundesamt für Energiewirtschaft – innerhalb von «Energie 2000» – der Anlass, relevante Gesetze,Verordnungen und Erlasse durch externe Fachleute sichten und bewerten zu lassen. In einem zweiten Schritt sollen hemmende Paragraphen geortet und Änderungsmöglichkeiten aufgezeigt werden. Modelle zur Förderung regenerierbarer Energien werden in ausgesuchten Testgebieten auf ihre gestalterische und juristische Verträglichkeit überprüft. Erklärte Ziele der Aktion sind verbesserte Rahmenbedingungen für erneuerbare Energien sowie Hilfen zum Vollzug des Energienutzungsbeschlusses für Kantone und Gemeinden. Eine interdisziplinäre Gruppe von Juristen, Raumplanern, Architekten und Energieingenieuren ist zurzeit an der Arbeit und wird den Zwischenbericht im August, den Schlussbericht auf Ende dieses Jahres abliefern.

Angesprochen sind kantonale und kommunale Amts- und Fachstellen, die sich mit dieser Materie befassen: Energiefachstellen, Baubewilligungsbehörden, beteiligte Fachstellen in Kantonen und Gemeinden, Behörden und Planer kommunaler, regionaler und kantonaler Planungsvorhaben. Sie können sich über das Vorgehen, über Resultate und verfügbare Instrumente informieren: «Energie 2000», Aktionsgruppe Regenerierbare Energien, c/o Dr. Eicher+Pauli AG, Thomas Weisskopf, Oristalstrasse 85, 4410 Liestal.



In Zukunft weniger Probleme für erneuerbare Energien in Gesetzen und Verordnungen? Diese Überbauung in Wald (ZH) wurde kürzlich mit dem SIA-Energiepreis 1992 ausgezeichnet (Foto H. Hobi)

Organisationen
Organisations

Schweizer Kernkraftwerke gehören weltweit zu den zuverlässigsten

(sva) Wie die Schweizerische Vereinigung für Atomenergie mitteilte, zählten die fünf schweizerischen Kernkraftwerke Beznau 1 und 2, Mühleberg, Gösgen und Leibstadt mit einer durchschnittlichen Arbeitsausnutzung von 84,2% im Jahr 1992 einmal mehr weltweit zu den zuverlässigsten Nuklearanlagen. Dies ergab die Auswertung der Betriebsergebnisse von 364 Reaktorblöcken in 22 Ländern durch die amerikanische Kernenergie-Fachzeitschrift «Nucleonics Week». Die Arbeitsausnutzung eines Kernkraftwerks beziffert das prozentuale Verhältnis zwischen der tatsächlich erzeugten und der bei durchgehendem Vollastbetrieb theoretisch produzierbaren Energiemenge. In der Übersicht für 1992 nimmt der finnische Nuklearpark mit einer durchschnittlichen Arbeitsausnutzung von knapp über 89% den Spitzenrang ein, gefolgt von Ungarn mit rund 86% und Belgien mit ebenfalls 86%. In der «Verfolgergruppe» findet man hinter Spanien (85%) auf dem fünften Platz bereits die Schweiz (84%). Die analysierten 364 Reaktorblöcke haben 1992 insgesamt 1867 Milliarden kWh Strom erzeugt, 1,2% mehr als im Vorjahr. Mit einer Bruttoproduktion von 23,4 Milliarden kWh figuriert die Schweiz in der Zusammenstellung nach Produktionszahlen im internationalen Vergleich für 1992 unter 22 Ländern an zwölfter Stelle.

Centrales nucléaires suisses parmi les plus fiables du monde

(aspea) L'Association suisse pour l'énergie atomique a déclaré dans un communiqué de presse qu'avec un taux d'utilisation moyen de 84,2% en 1992, les cinq centrales nucléaires suisses Beznau 1 et 2, Mühleberg, Gösgen et Leibstadt comptent une fois de plus parmi les installations nucléaires les plus fiables du monde. Elle a basé ses propos sur l'évaluation des résultats d'exploitation de 364 centrales nucléaires dans 22 pays à laquelle a procédé la revue nucléaire américaine «Nucleonics Week». Le taux d'utilisation d'une centrale nucléaire indique le rapport entre la quantité d'énergie effectivement produite et celle qui serait théoriquement productible en cas d'exploitation continue à pleine puissance. Dans le tableau relatif à 1992, le parc nucléaire finlandais occupe la première place avec un taux d'utilisation légèrement supérieur à 89%, puis viennent la Hongrie avec environ 86% et la Belgique avec 86% elle aussi. La Suisse (84%) se trouve déjà à la cinquième place dans le «groupe de poursuivants» après l'Espagne (85%). Les 364 tranches nucléaires analysées ont produit en 1992 un total de 1867 milliards de kWh d'électricité, soit 1,2% de plus que l'année précédente. Avec une production brute de 23,4 milliards de kWh, la Suisse figure en 1992 au 12e rang des 22 pays étudiés dans le tableau établi en fonction des chiffres de production.